



IVH-Flash-Report 05 / 09

► ► Bundesrat stimmt Gesetz zur Fehmarnbeltquerung zu

Mit der Zustimmung des Bundesrats gegen den Widerstand aus Mecklenburg Vorpommern ist der Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark über die feste Fehmarnbeltquerung gültig. Von der Realisierung des wichtigen Projekts werden starke strukturelle Impulse im Norden erwartet, gleichzeitig steigt der Druck die norddeutsche Verkehrsinfrastruktur zu erweitern.

► ► Erneut Diskussionen um Kapitalspritze für die HSH-Nordbank

HH und S-H diskutieren die Möglichkeiten, der HSH-Nordbank erneut notwendig gewordenen Eigenkapital zuzuführen. Medienberichte gehen von einem zusätzlichen Kapitalbedarf von bis zu 3 Mrd. € aus. Entscheidung zu Eigenkapital und künftiger Struktur der Bank fallen erst in der kommenden Woche.

► ► Rückgang des Wirtschaftswachstum deutlich über den Prognosen

Die deutsche Wirtschaft ist im 4. Quartal 2008 mit -2.1% gegenüber dem 3. Quartal noch stärker geschrumpft als prognostiziert. Für 2009 erwartet die Bundesregierung inzwischen einen Rückgang des BIP von 2.25%, Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen mit bis zu 4%. Wegen der zu erwartenden Zunahme der Arbeitslosenzahlen um ca. 700000 geht die BfA von einem Defizit in Höhe von 11 Mrd. € in 2009 aus, das allerdings aus den Rücklagen gedeckt werden kann.

► ► Regionale Wirtschaftsverbände kritisieren Hamburger Schulreform

Die Kritik an der geplanten Einführung der 6-jährigen Primarschule durch Schulsenatorin Goetsch durch Fachleute und Wirtschaft reißt nicht ab. Trotz des erklärten politischen Willens haben sich mehrere mittelständische Wirtschaftsverbände gegen die Reform gestellt und statt einer Strukturreform zusätzliche Lehrer und eine Qualitätsverbesserung des Unterrichts gefordert.

► ► EU streitet um französische Unterstützung der Automobilindustrie

Die Pläne Frankreichs, Milliardenhilfen für nationale Automobilhersteller an den Erhalt der Produktionsstandorte in Frankreich zu koppeln, haben zur Einberufung eines EU-Sondergipfels im März geführt. Neben mehreren Regierungschefs übte auch die EU-Kommission Kritik an den Plänen.

► ► Weitere Mindestlöhne abschließend verabschiedet

Nach der Baubranche, den Briefzustellern und dem Reinigungsgewerbe werden gesetzliche Mindestlöhne bei Pflegediensten, industriellen Großwäschereien, Abfallwirtschaft, Wachdiensten, Bergbauspezialdienstleistern sowie im Bereich Aus- und Weiterbildung eingeführt. Vom heutigen Beschluss des Bundesrats sind ca. 3 Mio. Arbeitsplätze betroffen.

► ► Bundestag billigt Konjunkturprogramm II

Der Bundestag hat das Konjunkturprogramm II angenommen, mit dem die Bundesregierung wirtschaftliche Impulse setzen möchte. Das zustimmungspflichtige Gesetz soll in der kommenden Woche im Bundesrat verhandelt werden, in dem die große Koalition nach den Wahlen in Hessen und Bayern keine Mehrheit mehr hat. Eventuelle Kompromisse als Zugeständnisse an einzelne Länder werden die Mittelverwendung oder andere Detailspekte des Pakets noch ändern.

► ► Neuer Bundeswirtschaftsminister will soziale Marktwirtschaft stärken

Der Nachfolger des glücklosen Michael Glos als Bundeswirtschaftsminister, zu Karl Theodor zu Guttenberg, hat eine Rückbesinnung auf die Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft gefordert und sich zu einer grundlegenden Steuerreform nach der Bundestagswahl bekannt. Zu Guttenberg äußerte sich zudem skeptisch über geplante Verstaatlichungen, etwa der Hypo Real Estate.

Hamburg, 13. Februar 2009